

**Lutz Rackow**

### **Neue Herausforderungen für unsere Zivilcourage**

vom 22. Februar 2011

Wenn die unmittelbaren Existenzinteressen berührt werden, zeigen sich auch heute in Deutschland viele Mitbürger partiell sehr couragiert. Sogar aus der ansonsten vorwiegend schweigenden Mehrheit. In Berlin gewann kürzlich sogar ein Begehren, Fragwürdigkeiten um den Verkauf der Wasserwerke zu klären. Spektakulär die Auseinandersetzungen über „Stuttgart 21“. Der total deplacierte Berlin-Brandenburger Großflughafen Schönefeld wird nach wie vor kritisch betrachtet. Richtig Krach schlugen aber in und um Berlin immer erst Diejenigen, die sich abwechselnd jeweils neu als Lärm-Betroffene bemerkten.

Aber wie steht es überhaupt mit der Rechtfertigung von Protesten gegen Entscheidungen, die in voller Übereinstimmung mit Mitbestimmungsrechten, mehrstufigen Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren rechtsstaatlich korrekt zustande gekommen sind? Gelten für die Zivilcourage und Protest nicht auch rechtsstaatliche Grenzen?

#### Standort-Unfug Schönefeld

Beim Standort Schönefeld ist der Unfug der Anordnung in unmittelbarer Stadtnähe schon frühzeitig für jedermann unübersehbar gewesen, und dennoch, auch gegen öffentlichen Protest, ist es „durchgezogen“ worden. Natürlich wäre das unbebaute vormalige Militärgelände bei Sperenberg südlich der Hauptstadt der viel bessere Platz für den Großflugplatz gewesen. Keine andere Großstadt Europas, wahrscheinlich sogar der ganzen zivilisierten Welt, hätte gestern und heute noch eine solche Anlage so dicht an ihre Grenzen gelegt, sogar in das natürliche Ausdehnungsareal, innerhalb eines Autobahnringes.

Statt die vormalige „deutsche Weltneuheit Magnetschwebbahn“ auch mal auf einer Trasse innerhalb des eigenen Landes auf die Stützen und zwischen Berlin und Leipzig, später Dresden- Prag und weiter zu stellen, können etwaige Interessenten – die sich womöglich doch noch melden – zwecks Besichtigungen des Betriebs nur nach China weitergereicht werden. Prima!

Von und nach Sperenberg wären auch die Fluggäste aus dem Berliner Zentrum, einschließlich der Regierung, und die noch viel zahlreicheren in- und ausländischen Besucher, auf die wir rechnen, per Transrapid sogar noch flinker ans Flugfeld gekommen. Sollte dem Berlin-Brandenburger Jahrhundertfehler deshalb nun mit Zivilcourage noch ein Milliardengrab gebaggert werden – dürfen? Gilt auch hier „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“? Die Antwort bleibt wohl offen.

## Die Spatzen von Berlin und Bonn

Dass die deutsche Wiedervereinigung ohne die ostdeutschen Massendemonstrationen, ohne Botschaftsflüchtlinge und beharrliches Verweilen ganzer Familien in Transitländern zustande gekommen wäre, vermutet wohl niemand. Wie viel Zivilcourage dabei aufgewendet werden mußte, wie viel couragierte Ablehnung der erbärmlichen ostdeutschen Pseudorepublik, das ist kaum zu ermessen.

Aber ohne den „Erlöser“ und Friedens-Nobelpreisträger Michael Gorbatschow, der es verdient hätte, dass man ihn - zumindest zu seinem 80. Geburtstag am 2. Februar 2011 - sein Eigengewicht aus deutschen Spendenmitteln in wertstabilem Feingold aufgewogen hätte, wäre wohl bis heute keine Wiedervereinigung zustande gekommen.

Die Briten waren 1990 im Vorfeld der Wiedervereinigung "not amused". Mitterand äußerst skeptisch, die westdeutschen Brüder und Schwestern nicht wirklich vorbereitet. Sogar prominente Journalisten, Schriftsteller und andere westdeutsche Meinungsführer wollten gar nicht „wiedervereinigt werden“. Bald darauf fand man etliche von ihnen auf bestdotierten Berliner Arbeitsplätzen Auch als Talkmaster mit hohen Ansprüchen auf persönliche Meinungsführerschaft. Bei der Abstimmung im Bonner Bundestag über die künftige gesamtdeutsche Hauptstadt wollten etliche Politiker aller demokratischen Fraktionen die einst ausdrücklich als Provisorium installierte kleine Universitätsstadt am Rhein - unweit vom einstigen Wohnsitz Konrad Adenauers - für das wiedervereinigte Deutschland behalten. Skandal! Peinlicherweise gaben schließlich bei der Abstimmung im Bundestag ausgerechnet die Stimmen der PDS (aus der SED-Nachfolge) für Berlin den Ausschlag. Eigentlich hätte die Re-Installierung Berlins als Hauptstadt gar nicht zur Abstimmung gestellt werden dürfen. War es Zivilcourage zu historischem deutschen Bewußtsein, die das Ergebnis sicherte? Man stelle sich vor, in Frankreich wäre nach Überwindung einer Zwangsteilung des Landes die Frage aufgeworfen worden, Paris zur Disposition zu stellen. Womöglich zugunsten von Vichy – unvorstellbar.

Gorbatschow hatte der Welt, schon Jahre vor dem Mauerfall auf unterschiedliche Weise deutlich zu machen versucht, dass er die globale Konfrontation, den Kalten Krieg zwischen Ost und West, zu beenden gewillt ist. Für den jahrzehntelang aufrechterhaltenen latenten sowjetischen Imperialismus sah er offensichtlich weder ideologisch, geschweige denn ökonomisch und nicht zuletzt angesichts gigantischer US-amerikanischer Anstrengungen, auch militärisch weder Ziel noch Chance. Perestroika und Glasnost implizierten nicht nur den Rückzug aus Afghanistan, sondern auch die Freigabe der Satellitenregime in Osteuropa, einschließlich Ostdeutschlands. Gorbatschow war auch innenpolitisch auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell mit sozialistischen, aber auch demokratischen Zügen. Das kündigte sich dem kundigen politischen Beobachter bereits frühzeitig deutlich an. Im Sommer 1989 piffen es in Ostberlin die Spatzen von den Dächern.

Dieser Egon Krenz der SED-Regierung pilgerte währenddessen noch als einziger Bote aus dem Ostblock namens der DDR gen Peking und applaudierte zum Massaker der China-Diktatur an jungen Menschen des eigenen Landes auf dem „Platz des Himmlischen Friedens. Willy Brandt, einst auch unbeirrbarer Kämpfer um deutsche Einheit, bezeichnete noch wenige Monate vor dem Mauerfall die Wiedervereinigungshoffung als eine „Grundlüge deutscher Politik“, oder so ähnlich.

Hatten die deutschen politischen Top-Etagen am Rhein keine Informationen? Womöglich gab es in Bonn gar keine Spatzen mehr, die Prognosen piffen ...

### Ungarische Anfrage in Moskau

Vor einiger Zeit hatte der Autor Gelegenheit den jetzigen ungarischen Ministerpräsidenten Orban nach Einzelheiten ungarischer Politik im Vorfeld der Grenzöffnung zu Österreich und des Mauerfalls zu befragen. Orban war 1989 als „junger Mann“ der damaligen Machthaber in Budapest auf eine Rednertribüne am „Heldenplatz“ geschoben und ermuntert worden, probeweise kühne demokratische Erwartungen zu äußern. Auf meine Frage, ob er sich vorstellen könnte, dass im Sommer 1989 die ungarische Regierung die Öffnung der Grenze nach Österreich für ostdeutsche Flüchtlinge hätte wagen können, ohne sich zuvor in Moskau dafür eine Erlaubnis einzuholen, beantwortete er eindeutig und knapp so: „Auf keinen Fall!“.

Die These ist, der Mauerfall war ein Teil der nach allen Seiten hoch geheimen Absichten von Gorbatschow und Schewardnadse im Zuge ihrer Politik zur Beendigung der globalen Ost-West-Konfrontation, sprich zur „Beendigung des Kalten Krieges“. Damit war es für die Reformatoren im Kreml auch unvermeidlich, die osteuropäischen Zwangsverbündeten schließlich in die nationale Selbstbestimmung zu entlassen. Solche Absichten verlangte strenge Geheimhaltung nach innen und außen. Die Strategie war augenscheinlich, irreversible Prozesse mit selbstverstärkender Dynamik in Gang zu setzen, dementsprechend den „Warschauer Pakt“ zu liquidieren. Codewort in Ostberlin: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Die sowjetischen Panzer in Ostdeutschland standen dem DDR-Regime nicht mehr als ultima ratio zur Verfügung, wurden nicht eingesetzt.

Gorbatschows Zivilcourage war eine Jahrhundert-Tat, hochpolitisch, ein welthistorischer Vorgang. für ihn, Schewardnadse und den wohl ganz kleinen Kreis von hoch konspirativ Vertrauten persönlich natürlich auch höchst lebensgefährlich. Der spätere Putsch seiner Feinde im Inland, die das Sowjetimperium unverändert in Gestalt und Ausmaß erhalten wollten, erwies indessen auch, dass im real existierenden Sowjetsystem des ausgehenden 20. Jahrhunderts die alten Methoden skrupelloser Morde aus der Stalinzeit nicht mehr ohne weiteres vollziehbar waren.

Keine „gesamtdeutschen Antworten“ in petto.

Auf die Exekution einer Wiedervereinigung war die Bonner Republik „samt und sonders“ aber nun überhaupt nicht vorbereitet. Wie war so etwas zu machen? Dazu hatte man in Bonn – Grundgesetz hin oder her - überhaupt keine Pläne. Weder wissenschaftliche noch pragmatische. Es gab zwar ein Gesamtdeutsches Institut, wo man gewiß zumindest ein wenig Bescheid darüber wußte, wie es in Ostdeutschland, das nach Honecker im weltweiten Vergleich der Industriestaaten angeblich an 10. Stelle stünde, wirklich aussah. Dieses Institut wurde gleich nach dem Mauerfall samt dem übergeordneten Ministerium flugs aufgelöst, die Mitarbeiter in alle Winde zerstreut. Statt eines vormaligen „Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen“ kam kein anderes, etwa „für gesamtdeutsche Antworten“. Nicht eines der zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik Deutschland hatte wohl rechtzeitig dazu zielführende Überlegungen angestellt. Solche Aufgabenstellungen wären zuvor gewiß als „getarnter Revanchismus“ verleumdet worden. Die Versäumnisse betrafen alle Parteien aus den wechselnden Koalitionen der Vergangenheit.

Ota Sic, kurzzeitig Wirtschaftsminister in Prag an der Seite von Dubcek, war 1968 nach der Sowjet-Intervention als Flüchtling in die Schweiz gelangt und zum Professor an die Universität von St. Gallen berufen worden, und hatte dort darüber nachgedacht und veröffentlicht, wie man einer Planwirtschaft zumindest etwas ökonomische Realität, einige marktwirtschaftliche Elemente implantieren könnte.

Forschung die folgeschwer versäumt wurde

„Wie viele Dissertationen mögen wohl in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Jahrzehnte der Teilung zum Thema ´Wie vereinige ich eine Marktwirtschaft mit einer Zentralverwaltungs-wirtschaft` geschrieben worden sein?`´ Ein prominenter deutscher Experte und Kenner der Szene vermutete 1990 gegenüber dem Autor: „wohl keine einzige“..

So lief das Trauerspiel der fast kompletten De-Industrialisierung Ostdeutschlands durch die Fehlgeburt „Treuhandanstalt“ dann auch ab. Jedwede Versuche zu Wiedererweckung und Neuinstallation einer mittelständischen Wirtschaft gingen in die Leere, die der über Jahrzehnte geführte erbarmungslose Klassenkampf der SED-Administration planmäßig verursacht hat. Eine Revitalisierung werteschafter Prozesse nach volkswirtschaftlichen Maßstäben durch Leistungsträger aus dem Territorium mißlang fast vollständig. Durchaus überlebensfähige Teilbereiche der ökonomischen Landschaft hätten bei kluger Führung erhalten werden können, darunter nicht wenige gerade erst nach Weltstandards durch westdeutsche Hersteller neu eingerichtete Betriebe oder Betriebsteile. Heute gilt das als unbestreitbar. Aber ein Vordenkertum dafür hat es nicht gegeben. Die Verheißung „blühender Landschaften“ konnte auch mit gigantischen Transferleistungen in die ruinierte Infrastruktur Ostdeutschlands nicht realisiert werden. Viel Neuaufbau und Rekonstruktion lief auch auf umfassenden Eigentumswechsel unter Ausschluß der bodenständigen Bevölkerung hinaus. Da war mit Zivilcourage allein nichts zu machen. Im Bundestag wurde das Gesamthema, ungeachtet seiner fundamentalen Bedeutung für die deutsche Wiedervereinigung, nur marginal thematisiert. Die Theologen, Schriftsteller, Bildenden Künstler und anderen favorisierten Partner auf gesamtdeutscher Bühne agierten dazu eher „vorwiegend ratlos“.

Stattdessen herrschten vor allem die Plattmacher. Für aussichtslose Sanierungen und arbeitslose Übergangsversorgung (Kurzarbeit Null) wurden Unsummen ausgegeben. Glücksritter aus der ganzen Welt und abgefeimte Betrüger gaben sich die Treuhandklinken in die Hand. Berater und Abwickler kassierten gewaltige Provisionen.

Es begann die bis heute andauernde Abwanderung von bewährtem Fachpersonal und vor allem von motivierten und leistungswilligen Nachwuchskräften. Örtliche Strukturen aus Fachkompetenz brachen zusammen. So verödeten auch die Standortstrukturen in Räumen historisch gewachsener Leistungstradition. Jedwede Empfehlungen für Anpassungsstrategien, wie sie Experten, wie z.B. Prof. Kurt Biedenkopf, Dohnanyi oder der international angesehene Altliberale Lord Dahrendorf vortrugen, kamen nicht zum Zuge, sie wurden in den (West-) Wind geschlagen, geschweige denn in gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik umgesetzt, Ideen ostdeutscher Experten ohnehin als vergangenheitsbefangen ignoriert oder an ganz falscher Stelle, nämlich in den vormaligen DDR-Blockparteien gesucht.

Als bald zeichneten sich somit in Ostdeutschland die Konturen eines künftigen Rentner-Territoriums ab, das auf unabsehbare Zeit auf innerdeutsche Transferleistungen angewiesen sein wird. Bald machten in Westdeutschland angesichts dortiger Schlaglöcher die Horror-Geschichten von den beleuchteten Dorfstraßen in Ostdeutschland, deren Bürgersteige ohnehin „nachts hochgeklappt werden würden“ die Runden, besonders durch die westdeutschen Kommunen, die jahrzehntelang alle Chancen der hochproduktiven freien und sozialen Marktwirtschaft Erhardscher Schöpfung geboten und genutzt haben. Die Agitation gegen die nationale Unentbehrlichkeit des Länderfinanzausgleichs begann früh und dauert an. Dagegen ist wohl auch Zivilcourage nicht zu aktivieren, sofern diese nicht im Deutschen Bundestag - notfalls auch gegen Fraktionsvorgaben – zivilcouragiert ausgeübt wird.

Stattdessen wurden eher vermeintlich ausgewiesene Gutmenschen, vorwiegend aus scheinbar unbedenklichem theologischen Milieu als ostdeutsche Partner für weitreichende Entscheidungen favorisiert. Plötzlich erschienen auch Akteure auf der ostdeutschen Politbühne, die - wie zu hören war - zwar passabel Bratsche und Klavier spielen konnten, sich im ostdeutschen Rechtswesen unbescholten auskannten, im Schiffbau oder eben auf der Kanzel kundig waren, aber angesichts weit tragender und folgenschwerer landespolitischer und volkswirtschaftlicher Entscheidungen schuldlos völlig überfordert waren. Auch vor und nach der ersten freien Wahl konnte in der Bevölkerung natürlich nicht ad hoc und „zivilcouragiert“ zu den anstehenden Entscheidungen ein wirklich qualifiziertes Meinungsbild entstehen, das über die Ablehnung des bisherigen bevormundeten Lebens hinausreichte.

Unter dem Handlungsdruck eines international womöglich nur kurzzeitig „offenen Fensters“ für eine Wiedervereinigung kam mit diesen im Eilverfahren ein streckenweise eher zusammengeschusterter Einigungsvertrag - ausdrücklich keineswegs ein Wiedervereinigungsvertrag – zustande, ohne Revisionsklauseln. Und wer überwacht heute noch die Einhaltung und sinn gerechte Exekution dieses „Werkes“? Auch eine Regelung dazu wurde - wohl vorsätzlich - vergessen.

„Normative Kraft des Faktischen als Generaldispens“

Solche Themen heute noch anzusprechen gilt stattdessen allenthalben meist als eher „nostalgische Wehleidigkeit ohne jeden konstruktiven Wert. Die ärgerliche Formel von der „Normativen Kraft des Faktischen“ zwecks Alimentierung von Mißbrauch und Fehlern liefert die gewünschte Generaldispens - wie zum Anfang nach dem Mauerfall, als darauf verzichtet wurde, die Mühsal einer Aufarbeitung der DDR zu leisten. Der ganze Wust von Untaten des endlich abgeschafften Regimes wurde weitgehend nachträglich legalisiert oder per Zeitablauf erledigt. Westdeutsche Richter, wohl nicht wenige, die den einst von vor allem von links außen empfohlenen Weg durch die Instanzen in der Justiz für sich persönlich erfolgreich zurückgelegt hatten, fällten reihenweise erstaunliche, ja auch skandalös anmutende Urteile. Im Sinne der „Normativen Kraft des Faktischen“ wurde die DDR-Administration über weite Strecken de facto nachträglich zum Rechtsstaat erhöht, und vor allem zugunsten der Täter, auch ihrer noch heute in allzuvielen Fällen begünstigten materiellen Lage, und zum Nachteil von Opfern und Beraubten sowie der Gesamtheit

der Millionen von Ausgenutzten und Betrogenen. Dagegen half auch allzu oft mutig und unbeirrbar ausgeübte Zivilcourage nicht weiter.

In Ostdeutschland seit 1945 mit Einsicht in die nationale Verantwortung für die vom NS-Regime ausgelöste Weltkatastrophe des Zweiten Weltkriegs zu leben und sich gerade deshalb keinem neuen Zwangsregime zu beugen, das verlangte täglich Zivilcourage. Über weite Strecken waren Arbeitsalltag, Schul- und Ausbildungspraxis, ja sogar Privatleben, Freizeiten und Ferien ja die gesamte politische und soziale Existenz mit wechselnder Intensität von regimetypischen Zumutungen durchsetzt. Wer dort lebte, seine Würde und Selbstbestimmungsansprüche bestmöglich zu wahren suchte, war gefordert, sich durch Zivilcourage und Geschick diese alltäglichen Zumutungen vom Halse zu halten.

Diese DDR-Administration, ob nun international anerkannt, oder nicht, war von Anfang bis Ende eine Kolonie der UdSSR. Ausersehen zum vorderen Gefechtsfeld, wenn es zu einem III. Weltkrieg gekommen wäre. Vollgestopft mit dem Militär dieser Siegermacht, die unter hohen Opfern einen hohen Anteil an der Befreiung vom wildgewordenen NS-Imperialismus geleistet hatte. Sie danach jedoch als egoistische Hegemonialmacht über ihren territorialen Beuteanteil installierte. Wie überall in Osteuropa, wo die Völker durch Hitlers Krieg in Unglück und Unfreiheit gestürzt worden waren, und ihre Rolle im Dienste des latenten Sowjetimperialismus globalen Zuschnitts als Front- und Interventionsreserve zugewiesen erhielten. Bis nach Kuba und an das Horn von Afrika.

Als Alibi-Ideologie wurden allenthalben die Ideen des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung implantiert.

Aus Zweckmäßigkeitserwägungen der Fremdmacht und aus Plausibilitäten wurden auch die in totaler Abhängigkeit agierenden deutschen Handlanger im Laufe von Jahrzehnten allmählich an etwas längeren Leinen geführt. Sie praktizierten dennoch bis zu ihrer Beseitigung „durch das Leben“ ein bandenmäßiges Regime des institutionalisierten Landesverrats gegen deutsche Zukunft.

Der Einzelne in unbeirrbarer Distanz zu diesen Zuständen im eigenen Lande wurde aus Selbstachtung auf ein Verhalten verwiesen, dass der damalige Deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 in seiner wahrhaft historischen Berliner Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges im Schlußsatz so charakterisierte:

**„Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit“**